

DAB regional | 09/11

1. September 2011, 43. Jahrgang

Regionalausgabe Ost des Deutschen Architektenblattes | Offizielles Organ

Berlin

- 3 „Tag des offenen Denkmals“ 2011
- 4 Die Deutschlandhalle und andere Hallenschicksale
- 6 jwd: Architektur mit Berliner Ursprüngen
- 7 Stellungnahmen Berliner Politiker zu den Kammerpositionen
- 12 Stadt im Gespräch - Berlin im Wandel / Ausschüsse berichten
- 13 Grabung vor dem Berliner Rathaus / Novellierung der Bauordnung
- 14 Zwischenstand „da! Architektur in und aus Berlin“ / Termine
- 15 Seminare im September 2011
- 16 Mitgliedernachrichten
- 17 Seminarprogramm

Brandenburg

- 18 Wir können auch anders ...Tag der Architektur mit viel Öffentlichkeit
- 19 Einladung zum 2. Architekturgespräch 2011 „LAGA, BUGA - Entwicklungsmotoren für Stadt und Region“
- 20 Ein Schloss für die Verwaltung
- 22 Eine Stadt wie Schöneewalde
- 23 Was Planer bei Bauvergaben berücksichtigen sollten
- 25 Fortbildungen / Aufruf zur Erfüllung der Informationspflicht

Mecklenburg-Vorpommern

- 26 Urlaubsarchitektur
- 28 Planerwerkstatt Penzlin am 19. und 20. September 2011
- 29 Kammergruppen in Mecklenburg-Vorpommern / Fest entschlossen
- 30 Mitgliedernachrichten II. Quartal 2011
- 30 Versorgungswerk der AK Sachsen

Sachsen

- 32 Deutscher Architektentag 2011 am 14. Oktober in Dresden
- 33 1. Mitteldeutsches Sachverständigenforum am 13.10.11 in Leipzig /

- 33 Löschung aus der Sachverständigenliste der AKS / Von Häusern, Drepeln und Träumen / ArchitekturForum Zwickau 2011
- 34 Moritz-Ziller-Preis für Stadtgestaltung der Stadt Radebeul
- 35 SchauFenster im HAUS DER ARCHITEKTEN / Präsentation
- 36 49. Vertreterversammlung / Mitteilungen der Geschäftsstelle
- 37 Programm der Akademie der Architekten
- 38 Dritte Wahlbekanntmachung - Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- 40 Veranstaltungen / HAUS DER ARCHITEKTEN

Sachsen-Anhalt

- 41 Wahl der 5. Vertreterversammlung abgeschlossen
- 42 20 Jahre Architektenkammer Sachsen-Anhalt / Streiflichter
- 43 „City-to-City“-Preis an IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 verliehen
- 44 „Architektur macht Schule“ - Erfahrungsaustausch
- 45 Erlasse
- 46 Tag des offenen Architekturbüros - Nachlese
- 47 MUT ZUR LÜCKE - 2. Staffel 2010.2011

Thüringen

- 50 BMWi-Wettbewerb „Architektur mit Energie“ - Ergebnis
- 51 Fenstertagung 2011; Deutscher Architektentag 2011
- 52 Tagung „Eigenart der Landschaft“ und Verleihung Thüringer Landschaftsarchitekturpreis 2011 - Ankündigung
- 53 Existenzgründungsberatung; EXPO REAL 2011
- 54 1. Mitteldeutsches Sachverständigenforum; 5. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik; Wahl zur Vertreterversammlung des Versorgungswerks
- 55 Klaus Exner mit Verdienstkreuz geehrt; Haus.Bau.Energie. 2011; Tag des offenen Denkmals
- 56 Mitgliedernachrichten; Bauhaus-Akademie

Impressum

Architektenkammer Berlin. Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon (030) 29 33 07-0, Telefax (030) 29 33 07-16, Verantwortlich: Dipl.-Ing. Ingrid Kuldschun

Brandenburgische Architektenkammer. Kurfürstenstraße 52, 14467 Potsdam, Telefon (03 31) 2 75 91-0, Verantwortlich: Dipl.-Architektin Beate Wehlke

Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern. Alexandrinenstraße 32, 19055 Schwerin, Telefon (03 85) 5 90 79-0, Telefax (03 85) 5 90 79-30, info@architektenkammer-mv.de, www.architektenkammer-mv.de, Verantwortlich: Dipl.-Ing. Reinhard Dietze

Architektenkammer Sachsen. Goetheallee 37, 01309 Dresden, Telefon (03 51) 3 17 46-0, Verantwortlich: Dipl.-Ing. Olaf Doepler

Architektenkammer Sachsen-Anhalt. Fürstenwall 3, 39104 Magdeburg, Telefon (03 91) 53 61 10, Verantwortlich: Petra Heise

Architektenkammer Thüringen. Bahnhofstraße 39, 99084 Erfurt, Telefon (03 61) 21 05 00, Verantwortlich: Dipl.-Ing. Architektin Gertrudis Peters

Das Blatt wird allen gesetzlich erfassten Architekten aller Fachrichtungen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufgrund ihrer Eintragung seitens der Herausgeber zugestellt. **Verlag, Vertrieb, Anzeigen:** corps. Corporate Publishing Services (siehe Impressum)

Deutsches Architektenblatt

3 Ausgaben erhalten – 2 bezahlen!

Bauen Sie Ihr Wissen aus.
Testen Sie drei Monate Ihr
Deutsches Architektenblatt.

Top-Vorteile auf einen Blick:

- Sie profitieren vom Know-how unserer anerkannten Fachautoren
- Sie erhalten exklusive Informationen aus der Bundesarchitektenkammer
- Sie sparen 33 Prozent gegenüber dem Normalpreis und erhalten das Deutsche Architektenblatt frei Haus.



Füllen Sie gleich den Coupon aus. Einfach per Fax an: 0211 / 5 42 27-722 oder per Post an: corps. Corporate Publishing Services GmbH, Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf senden.

Ja, ich bestelle das Deutsche Architektenblatt 3 Monate lang **frei Haus für nur 12 €** statt zurzeit 18 €. (inkl. MwSt., zzgl. 3 € Versandkosten im Inland) möchte ich nach dem Test weiterlesen, dann brauche ich nichts weiter zu tun und erhalte das Deutsche Architektenblatt zum Preis von 40 € inkl. MwSt., zzgl. 13 € Versandkosten im Inland oder 52 € Versandkosten ins Ausland. Ansonsten genügt eine schriftliche Mitteilung innerhalb der ersten 6 Wochen nach Erhalt der ersten Ausgabe an:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf.

Geschäftsadresse Privatadresse

Ich zahle: bequem per Bankeinzug (nur im Inland) per Rechnung

Name, Vorname

Name der Bank

Firma

Konto-Nr.

Straße

Hausnummer

BLZ

PLZ

Wohnort

Mail

@

Datum, Unterschrift

Abonnementsabbestellungen sind drei Monate vor Beendigung des Bezugsjahres vorzunehmen. Die Abonnementsgebühr ist im Voraus fällig.



Tag des offenen Denkmals

Besuchen Sie uns am 11. September 2011

Am 10. und 11. September 2011 findet bundesweit der „Tag des offenen Denkmals“ statt.

Die Geschäftsstelle der Architektenkammer Berlin befindet sich seit April 2011 im zweiten Obergeschoss des denkmalgeschützten Mendelsohngebäudes („IG-Metallhaus“ von Erich Mendelsohn und Rudolf W. Reichel) an der Alten Jakobstraße. Am Sonntag, den 11. September 2011 ist die Geschäftsstelle von 12 bis 16 Uhr für Besucher geöffnet.

Die Architekten Thomas Richter und Daniel Dickmann vom Büro urbane prozesse bieten an diesem Tag zwischen 13 und 15 Uhr Führungen durch den denkmalgerechten Umbau an.

Zu besichtigen ist das Foyer mit den angeschlossenen Seminarräumen im Kopfbereich des Gebäudes. Im westlichen Flügel zur Lindenstraße hin und im Ostflügel längs der Alten Jakobstraße sind der zentrale Empfangsbereich und die Büros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untergebracht. Ein wichtiges Leitmotiv der Räume bilden die ehemaligen Einbauschränke: Ihre Türen wurden mit grauem Filz bezogen. Aussparungen in den Schranktüren geben den Blick frei auf Regal-Inlays mit kirschholzfurnierten Oberflächen. Darüberhinaus kann man sich den großen Veranstaltungsraum im 5. Obergeschoss ansehen.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Dipl.-Ing. Birgit Koch

Referentin für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Adresse:

Alte Jakobstraße 149, 2. Obergeschoss, 10969 Berlin

Termin:

Sonntag, 11. September 2011, 12 bis 16 Uhr

(Die IG Metall öffnet bereits am Samstag von 10 bis 18 Uhr die Türen, Führungen um 12 und 15 Uhr)

Verkehrsverbindungen:

Das Mendelsohngebäude liegt wenige Minuten vom Jüdischen Museum und Berlinischer Galerie entfernt.

U-Bahnhof Hallesches Tor (Linien U1 und U6)

Bushaltestellen Zossener Brücke und U-Hallesches Tor (Linien M41 und 248)

Weitere Informationen und Programm:

<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmaltag/index.shtml>

Der Tag des offenen Denkmals bundesweit:

www.tag-des-offenen-denkmals.de

Die Deutschlandhalle und andere Schicksale



► Hallen haben selten Stil und die Stimmung ist geborgt. Wenn die Show beginnt, ist die Architektur besiegt. Das war anders, als Hallen spezielle Aufgaben hatten oder ihre Größe konstruktive Anstrengung erforderte. Im alten Sinne entwarf Hugo Häring das Gut Garkau. Die Scheune wird von einem weiten, spitzbogigem Bohlendach überspannt, und der legendäre Kuhstall ist verwegen funktionalistisch. Mies van der Rohe bemerkte trocken: „Mensch Hugo, mach doch die Bude größer, dann kannst Du alles damit machen.“ Und Robert Venturi erhob die multifunktionale Kiste als „decorated shed“ zum Archetypus.

Mit den Gründerjahren wurde Berlin vergnügungssüchtig. Zum Auftakt baute Ludwig Persius 1844 am Tiergarten das „Kroll'sche Etablissement“ (1), das mit langer Front und aufgetürmten Massen an Schinkels ideale Residenz von 1835 erinnert, ein Palast also – so hieß später vieles. Der Königssaal fasste 1.800 Besucher, es gab „Amüsemang“, Konzerte und vor allem Oper. Aber die 1851 vergrößerte „Kroll-Oper“ kam ins Schlingern, wurde 1895 verstaatlicht und erhielt 1920 einen großen Saal für 2.500 Besucher. Daneben entstand der ovale „Neue Kroll“ für 5.000. Otto Klemperer leitete das Haus, das Bühnenbilder von Moholy-Nagy sah. Inzwischen war vis-à-vis der Reichstag entstanden. Seit dem Brand 1933 tagte das Parlament im „Kroll“ und verabschiedete gleich das Ermächtigungsgesetz. 1957 wurde mit dem Hansa-Viertel die Kriegsrue abgetragen, für den Parkplatz der Kongresshalle.

Was „Kroll“ für die Oper war, sollte für das Theater Berlins erste Markthalle (2) werden. 1865 baute Friedrich Hitzig sie am Schiffbauerdamm aus Stahl und Glas, 64 mal 84 Meter groß, aber schwer anzuliefern. Man baute um: 1873 zum „Markthallen-Zirkus“ mit 5.000 Plätzen, 1888 erweitert für 9.000, nur die Front (3) zeigte noch alte Struktur. Das Publikum wollte mehr als Zirkus, die Konkurrenz zeigte längst frivole Revuen. Als „Neues Olympia-Riesentheater“ bot man bombastischen Tingeltangel ehe ein letzter Zirkus einzog, der 1918 aufgab, nicht ohne Spielfläche und Bühnen enorm erweitert zu haben.

Das und eine Arena fast im Publikum kam Max Reinhardts Totaltheatervision nah. 1910 inszenierte er im „Zirkus“ den „Ödipus“, 1911 die „Orestie“, hatte das wilhelminische Theaterwesen entstaubt und wollte den „Markthallen-Zirkus“ als „Riesenvolkstheater“ ganz übernehmen. Das gelang erst 1919 und Hans Poelzig entwarf eine Inkunabel des Expressionismus: Die basilikale Front wird zum mächtigen Giebel (4) reduziert, enge Lisenen mindern seine Monumentalität, nur der Eingang wölbt sich etwas heraus, Ankündigung der großen Hallenwölbung, deren gestaffelte Stalaktitenringe den Namen „Tropfsteinhöhle“ evozierten.

1938 wird sie als „entartete Kunst“ verdammt und „zurückgebaut“, fort sind Faszination und Akustik. Die Nazis hatten das Haus eh wegen linker Kundgebungen und Agit-Prop-Revuen gehasst. Nach 1933 wurde das Programm im „KdF Volkstheater“ seicht. Die Fassade hatte den

Krieg überstanden, die Halle ertand ohne Stalaktiten wieder. Der „Friedrichstadt-Palast“ bot erneut Show und Unterhaltung und im Neubau gegenüber immer noch. Die Pfahlgründung der alten Halle war durch Geschichte und Panke müde geworden, Poelzig verschwand.

Während „Kroll“ und Markthalle ihre Bestimmung ständig neu suchten, war man 1910 an der Potsdamer Straße weiter. Hermann Dernburg baute mit dem „Sportpalast“ die erste reine Mehrzweckhalle, für 10.000 Besucher, rechteckig, auch wenn es innen rund ging. Umstellt war sie von neobarocken Schlossfronten (5). Zur Einweihung dirigierte Richard Strauß Beethovens Neunte. Es war der größte Eispalast und das größte Kino der Welt, es gab Reiten, Boxen, Rad-Renn-Stimmung mit dem Sportpalastwalzer und fatalen Jubel bei Goebbels Rede vom „Totalen Krieg“ am 18. Februar 1943. Kurz danach zerstörten Bomben die Halle, nicht das Entertainment. Vereinfachte Fassaden und Notdach hielten bis zum Abriss 1973. Davor hatte der karge Bau noch Hendrix, Zappa und Pink Floyd gesehen, Westberlin trauerte.

Ostberlin besaß keine Mehrzweckhalle. 1950 wurde eine 1925 gebaute Fleischgroßmarkthalle für Konzerte und politische Veranstaltungen genutzt und nach dem ermordeten Sportler Werner Seelenbinder benannt. Die gestaffelte Halle bekam Giebel (6), die ein wenig an Poelzig erinnern und diente nach erneutem Umbau nur noch dem Sport. 1992 musste sie olympischen Ambitionen Berlins weichen. Dominique Perrault baute dort Schwimmhalle und Velodrom und hat, aus den Fassadendramen anderer Hallen gelernt, seine einfach abgesenkt.

Olympiaden beflügeln das Bauen. 1935 entstand die Deutschlandhalle (7) als größte Mehrzweckhalle der Welt. Bis zu 16.000 passten in die 83 mal 117 Meter aus Stahlbeton und Fachwerkbindern. Es fand alles statt, Radrennen, Reiten, Boxen, Feste, Zirkus, Show und Hanna Reitsch führte den ersten Hubschrauber vor. Das war aktuell. In einem Bildband der Zeit stehen sich Poelzigs backsteindunkles „Haus des Rundfunks“ und die Deutschlandhalle gegenüber. Weiß strahlend eckig wirkt sie moderner, trotz vertikalen Fensterstreifen und hohem Portikus aus acht Pfeilern und Gebälk. Das ist irritierend nah an Tessenow und italienischem Rationalismus. Die Wege schieden sich am Ziel, abstrakte Klarheit versus archaische Monumentalität.

Franz Orthmann plante die Deutschlandhalle und leitete sie bis 1943. Er plante 1955 auch den Wiederaufbau, den ominösen Portikus allerdings ließ er fort und nahm dem Bau seinen Stil. 1995 schien der Torso denkmalwürdig, 2008 nicht mehr und der Abriss steht bevor. Das trifft weniger die Baugeschichte als unsere Seelen. Was bleibt ist zum Beispiel das Rolling Stones Konzert 1970. Autonome wollten die Halle stürmen, die Polizei zog Absperrgitter. Man zeigte die Karte, lief durchs Tränengas im Niemandsland und weinte. Mick Taylor spielte mit Angela-Davis-Perücke in Billy Prestons schwarzer Vorgruppe, der dann am Klavier die Stones vor sich her trieb. ◀

Text und Zeichnung: Cord Machens

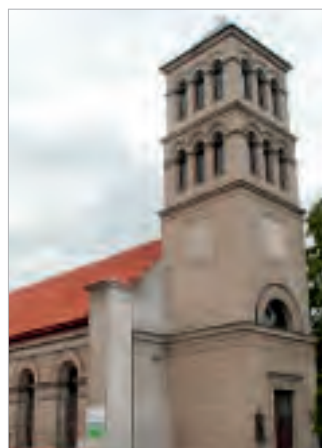
jwd: Architektur mit Berliner Ursprüngen

Schinkels Erbe: Hallendenkmale in Polen

► Unbesiedelte Landschaften, mehr als tausend Seen und im Endlosen mündende Alleen, die den Autofahrer einbetten in eine von Baumhecken umsäumte grüne Hallenlandschaft sind uns als Sinnbild für das ehemalige Pommern, Ostpreußen und Masuren geläufig. Berühmte Persönlichkeiten, unter ihnen Nikolaus Kopernikus, Gottfried Herder, Günther Grass und viele andere wie auch die Architekten Andreas Schlüter und Friedrich Gilly haben hier ihren Ursprung. Weniger bekannt ist ein Erbe, das in den letzten Jahren aufgrund einer intensiven Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege und dank deutsch-polnischer Initiativen gepflegt und nun wieder gewürdigt wird. Begünstigt wird dies durch die Tatsache, dass die polnische Gesellschaft sich nunmehr nicht in ihrer politischen Existenz und kulturhistorischen Identität bedroht fühlt, sondern vielmehr die Rekonstruktion vieler Bauwerke als Elemente heimatlicher Symbole einer regionalen und identitätsstiftenden Umwelt versteht. Dies führt zu einer dynamischen Öffnung und wachsendem Verständnis für die kulturhistorischen Zusammenhänge. Sichtbar wird dies bei der Betrachtung der Kirchendenkmale, die annähernd flächendeckend saniert oder rekonstruiert aus dem Grün der Landschaften herausragen und den Besuchern oftmals den Weg in den nächsten Ort weisen. Die Ursprünge vieler dieser Kirchenbauten gehen auf keinen Geringeren zurück als den Architekten Karl Friedrich Schinkel, dessen Zuständigkeitsbereich als königlicher Oberbauassessor sich ab 1810 auf das damals zu Preußen gehörende Gebiet erstreckte. Sein Einwirken kann auf etwa fünfzig Kirchenbauten nachweislich zurückgeführt werden. Keine geringe Anzahl. Dies betraf nicht nur Ostpreußen, wo alle Kirchenbauten evangelischen Glaubens zuzuordnen waren, sondern auch Westpreußen, wo ein Drittel der Bauten für den katholischen Ritus gebaut wurden. Der Ursprung für Schinkels Engagement kann in seinem Einsatz für den Erhalt der Marienburg gesehen werden, die nach der Zerstörung in den schwedischen Kriegen unter seinem Wirken wiederaufgebaut wurde, wenn auch unter Abbruch originaler Elemente und deren Ersetzung durch neugotische. Schinkel war durch Friedrich Gillys Zeichnungen der Marienburg auf das historische Bauwerk aufmerksam gemacht worden, was ihn zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen und architekturhistorischen Grundlagen veranlasst hat. 1819 unternahm er auf Geheiß von Hardenberg eine Dienstreise, die ihn über Marienburg auch nach Danzig und Ostpreußen führte. Die Reise legte den Grundstein für eine 15jährige Schaffensphase in diesem Gebiet. Ergebnis dieser intensiven Auseinandersetzung waren zahlreiche Entwürfe, die mehr oder weniger ihren Einfluss fanden. Prägnant und deutlich nach Schinkels Vorgaben umgesetzt sind die Kirchen in Toruń (Thorn, heute Filmvorführsaal), 1820-24 ausgeführt, die ehemalige evangelische Kirche in Lidzbark Warminski (Heilsberg, heute orthodoxe Kirche, siehe Foto), deren Entwurf 1821-23 zur

Ausführung kam und deren holzverkleideter Fachwerkbau einer der wenigen ausgeführten basilikalischen Bauten ist, sowie Schinkels Gegenentwürfe für die Kirchen in Braniewo (Braunsberg) und Dobre Misto (Guttstadt, heute Bibliothek), welche in den Details deutlich das Fehlen der leitenden Hand Schinkels zeigen. Schinkels Entwurf zur Normalkirche mit verschiedenen hohen Türmen und ohne Turm aus dem Jahr 1827/28 konnte sich nicht auf die Vielzahl der allerorts geplanten Kirchen anwenden lassen, zu weit entfernt lagen die Orte, um die Ausführungen nachhaltig beeinflussen zu können. So sind nicht nur Kirchen, die auf seinen Einfluss zurückzuführen sind entstanden, sondern auch viele andere Stadt- und Dorfkirchen (z.B. die Fachwerkkirche in Stegna nahe Danzig, siehe Foto), die anhand der denkmalpflegerischen Maßnahmen heute in einem neuen Licht erscheinen, das vor allem in der Abendsonne eine warme Strahlkraft besitzt, die über die Grenzen hinausgeht. ◀

Dipl.-Ing. Ulrike Eichhorn, Architektin



Lidzbark Warminski, Masurskie



Stegna, Pomorskie



Die Marienburg im heutigen Malbork, vom Ufer der Nogat aus gesehen

Fotos: Atelier Eichhorn

Stellungnahmen Berliner Politiker zu den Positionen der Kammer „Zur Zukunft der Berliner Baukultur“

► Anlässlich der Berliner Wahl im September 2011 hat die Architektenkammer Berlin ihre Positionen zu verschiedenen berufspolitischen Themen formuliert und mit Berliner Politikern aus dem Abgeordnetenhaus am 8. Juni 2011 in einer Abendveranstaltung „Zur Zukunft der Berliner Baukultur“ diskutiert. Nach der Veranstaltung hat die Architektenkammer die Podiumsteilnehmer um eine schriftliche Stellungnahme zu den im Internet und im DAB 7_8/2011 veröffentlichten Positionen der Kammer gebeten. Die Antworten der Politiker sind alphabetisch geordnet und werden nicht kommentiert wiedergegeben; wir werden uns allerdings erlauben, nach der Wahl nachzuhaken.



Foto: Till Budde

Wolfgang Brauer, Die Linke, Kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion

1. Wohnen und Nachhaltigkeit im Bestand

Die LINKE verfolgt die Entwicklungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt mit großer Sorge. In der Tendenz verstetigte Mietsteigerungsraten gehen nach unseren Beobachtungen einher mit einer zunehmenden Verdrängung weniger zahlungsfähiger Teile der Bevölkerung vor allem in Richtung östlicher Stadtrand. Auch hier wird Wohnraum in bestimmten, nicht nur preislichen Segmenten zunehmend knapper – eine Folge sehr kurzfristig „gerechneter“ demographischer Entwicklungen, die im Rahmen der „Stadtumbau“-Planungen ebenso fehlerhaft waren wie die Mega-City-Visionen unmittelbar nach dem Mauerfall.

Wir wollen wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Mietentwicklung, wir fordern Bestands- und Milieuschutz für Quartiere innerhalb des S-Bahnringes. Wir setzen uns für wirksame Maßnahmen gegen die „Umwidmung“ innerstädtischen Wohnraums zum Beispiel in „Gewerberäume“ respektive Ferienwohnungen ein. Nicht zuletzt wollen wir in Berlin wieder Wohnungsneubau in nennenswertem Umfang mit bezahlbaren Mieten auch für einkommensschwächere Schichten. Hier sehen wir vor allem die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in der Pflicht (die Förderung von Genossenschaften ist für uns eine grundsätzliche Frage). Die Verwendung landeseigener Grundstücke – bei Abkehr vom Höchstpreisgebot in der Praxis des Liegenschaftsfonds! – sehen wir als wichtiges Steuerungs- und Finanzierungshilfsmittel des Landes an. Sozialräumliche Ziele sind dabei prioritär zu berücksichtigen. Die von der Architektenkammer geforderte Sicherung der Gestaltqualität im „Neuen Sozialen Wohnungsbau“ ist für uns *conditio sine qua non*: Stadtentwicklungspolitik bedeutet für uns die Entwicklung einer lebens- sprich

„bewohnens“werten Stadt mit hohem stadtkulturellen Anspruch. Stadtentwicklungspolitik, gerade in ihren bauenden Bereichen, ist für die LINKE Kulturpolitik!

Der klimaverträgliche Stadtumbau ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung. Das betrifft einen entschieden sensibleren Umgang mit den Wasser- und ufernahen Flächen der Stadt als bislang. Das betrifft auch das Freihalten bzw. Neuschaffen von Stadtklima regulierenden Grünschnitten zu Beatmung des Citybereiches. Nicht jede vorhandene Freifläche muss bebaut werden! Bei größeren Bauplanungsvorhaben ist eine Grünflächenplanung für uns unabdingbar. Klimagerechter und energieeffizienter Umbau des vorhandenen Bestandes darf sich nicht auf das – häufig sehr zweifelhafte – „Einpacken“ der vorhandenen Bausubstanz reduzieren. Ebenso halten wir ein formales „Verordnen“ von Heizungsanlagen für albern. Berlin hat genügend Potenziale im baufachlichen, ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereich, um intelligente und sozial (also Mieter-) verträgliche Lösungen zum Klimaschutz im baulichen Bereich zu entwickeln, die auch vor Ort produziert werden sollten. Wissenschafts- und Wirtschaftsfördermittel wollen wir hier bevorzugt einsetzen.

Barrierefreies Planen und Bauen sowie das Reagieren auf den demografischen Wandel (Alterungsprozess!) wollen wir durch verbesserte Beauftragungs- und Controllingstrukturen zumindest im öffentlichen Bereich grundsätzlich besser durchsetzen. Fehlplanungen wie die nicht behindertengerechten Zugänge im Grimm-Zentrum sind nicht hinnehmbar.

2. Stadtgestaltung

Die Forderungen der Architektenkammer nach mehr geregelten und offenen Wettbewerbsverfahren unterstützen wir. Das Prinzip der „Man kennt sich doch“ (also beschränkten) Wettbewerbsverfahren gehört beendet und sollte nur in stark begrenzten Ausnahmefällen Anwendung finden. Nicht zuletzt das Wettbewerbsverfahren um das Humboldtforum zeigte, dass auch kleinen, de facto kaum bekannten Büros Chancen eingeräumt werden müssen. Allerdings zeigt dieses Verfahren auch, dass eine Stadtgestaltungsplanung mit dem Hintergrund eines stadtkulturell vom 19. Jahrhundert geprägten Denkens zu Ergebnissen führt, die einer modernen Metropole nicht angemessen und zudem absolut nutzerunfreundlich sind. Stadtgestaltungspolitik ist Kulturpolitik – und als solche hat sie von den Bedürfnissen der zeitgenössischen Stadtgesellschaft auszugehen und weniger von einer minderheitendiktieren „Wohlfühl“-Planung im Prokrustesbett einer längst obsoleten Residenzstadt mit historisierenden Mietskasernenfassaden. Das Gegenteil dieses Fehlers prägt leider inzwischen auch ganze Straßenzüge und ist ebenso zu vermeiden.

Das Gestaltungsgebot gehört daher wieder in die Bauordnung. Weshalb es senatsseitig keine Fachaufsicht im Bauordnungsrecht mehr gibt, ist für uns nicht nachvollziehbar.

3. Ausbildung und Berufsausübung

Für die Fachrichtungen Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung halten wir ebenfalls ein sechssemestriges Bachelorstudium nicht für ausreichend. Acht Semester sind auch für uns notwendig. Die Abschaffung des Titels „Diplom-Ingenieur“ kann und sollte rückgängig gemacht werden. Weshalb die Berliner Hochschulen bislang die Notifizierung ihrer Architekturabschlüsse in Brüssel nicht beantragt haben, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir werden uns für eine Änderung einsetzen.

Wie anlässlich der Wettbewerbsverfahren bereits ausgeführt, wollen wir eine sehr grundsätzliche Öffnung bei der Vergabe gerade der öffentlichen Aufträge auch an bislang unter mehr oder weniger fadenscheinigen Gründen ausgeschlossene Büros erreichen. Die Forderungen der Architektenkammer hinsichtlich einer Verbesserung der Vergabeverfahren unterstützen wir daher. Das betrifft auch die Verbesserung der Regelungen im Gebühren-, Planungs- und Bauvertragsrecht.

4. Bauherr öffentliche Hand

Die jüngst bekannt gewordene Praxis der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, ganze Archivbestände aus eigener Entscheidung heraus zu vernichten, gehört beendet. Das betrifft auch die Bauarchive der verschiedenen Behörden. Diese sind zu bewahren.

Bei allem Bekenntnis zu einer effizient arbeitenden Verwaltung: Die bauplanenden Bereiche inklusive ihrer Controllingstrukturen müssen auf eine qualitativ hochwertige Weise arbeitsfähig bleiben. Gerade in letzterem Bereich sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf.



Foto: Till Budde

Daniel Buchholz, SPD, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied im Ausschuss Stadtentwicklung

Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik. Übergeordnetes Ziel ist es, bezahlbare Mieten für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern, gerade auch in der Innenstadt. Dafür

brauchen wir endlich einen Stadtentwicklungsplan Wohnen. Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen bieten gerade für das familien- und generationengerechte Wohnen neue Antworten.

Wichtige Punkte einer nachhaltigen Wohnungs- und Mietenpolitik sind ökologische Modernisierung, soziale Integration und Partizipation, aber auch der Wohnungsneubau. Neue Impulse soll unter anderem ein beispielhaftes Förderprogramm mit einem Volumen von zehn Millionen

Euro für genossenschaftliches Wohnen geben. Über einen Wettbewerb können damit insbesondere kleine bezahlbare Wohnungen auch in Kombination mit anderen Maßnahmen wie Modernisierung errichtet werden. Baulückenschließungen und die Beseitigung innerstädtischer Brachflächen sind besonders erwünscht. Die Unterstützung soll als Zuschuss oder zinsloses Darlehen gewährt werden.

Die Zahl der landeseigenen Wohnungen werden wir durch Neubau und Zukauf von derzeit rund 270.000 auf 300.000 erhöhen. Mit einer Umsteuerung der Liegenschaftspolitik haben wir bereits begonnen. Landeseigene Grundstücke sind nicht mehr nur nach dem Höchstgebot zu vergeben. Wichtige Kriterien sind auch das städtebauliche und soziale Konzept, das „Münchner Modell“ kann dafür neue Wege aufzeigen. Unbebaute Grundstücke sollen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften kostenlos oder stark verbilligt für Wohnungsneubau angeboten werden.

Der Klimawandel stellt gerade den Wohnungsbestand vor immense Herausforderungen. Maßnahmen wie die energetische Gebäudesanierung dienen der radikalen CO₂-Reduktion und sind notwendig. Gleichzeitig dürfen energetische Sanierungen nicht zu unverträglichen Mietsteigerungen führen. Alternativen gibt es unter anderem durch das Förderprogramm der landeseigenen Investitionsbank. Nachhaltigkeit und eine hohe Gestaltungsqualität sind bereits in der Planungsphase zu beachten und brauchen die Mitarbeit von Architekten. Technische Regelwerke sollten sich insbesondere auf energetische Vorgaben und sich wandelnde neue Nutzerbedürfnisse beschränken, damit der Freiraum für kreative Lösungen bleibt.

Bei der Stadtgestaltung sind Innovationen und Architektenwettbewerbe wichtige Voraussetzungen für eine auch zukünftig lebendige und attraktive Stadt. Seelenlose Einheitsbauten gibt es in Berlin bereits mehr als genug. Maximale Nutzungsvorgaben privater Investoren und das Zurückziehen der Verwaltungen sind dafür die Hauptursachen. Darum sind wo immer möglich offene Wettbewerbsverfahren durchzuführen. Es freut mich sehr, dass sich die Architektenkammer und ihre Mitglieder einer Qualitätsdiskussion im Planungsprozess stellen und diesen voranbringen wollen. Dabei sollte auch über die Durchführung von Vergabeverfahren in Berlin diskutiert werden. Hohe formale Hürden schränken den Kreis der Bewerber oftmals unnötig ein und verhindern so innovative Lösungen. Die Praxis zeigt selbst bei prominenten Bauvorhaben wie dem Humboldtforum, dass Büros mit wenigen festen Mitarbeitern qualitativ hochwertige Vorschläge erarbeiten können. Mein Vorschlag wäre die Bildung von Bewerber-Gemeinschaften aus mehreren kleinen Büros. Die betroffenen Verwaltungen sollten gemeinsam mit der Architektenkammer prüfen, ob und wie solche Ideen umsetzbar sind.

Als Diplom-Ingenieur, der an der TU Berlin sein Studium zum Wirtschaftsingenieur absolviert hat, kann ich die Kritik an der Abschaffung des Titels „Dipl.-Ing.“ voll und ganz nachvollziehen. Wenn es nach mir ginge, sollte dieses bewährte Gütesiegel wieder eingeführt werden. Allerdings weiß ich um die vielen (guten) Argumente meiner KollegInnen aus dem Wissenschaftsbe- reich, die den Bologna-Prozess als wichtigen Beitrag für die europäische

Integration und die länderübergreifende Anerkennung von Abschlüssen ansehen. Darum kann ich nur anbieten, mich in die Reformdiskussion gemeinsam mit der Architektenkammer und weiteren Verbänden einzubringen.

Schließlich teile ich Ihre Ansicht, dass der Erhalt der fachlichen Kompetenz der Bauverwaltungen einen ausreichend großen und qualifizierten öffentlichen Personalkörper benötigt. Diesen zu sichern, ist Ziel der SPD. Zugleich wissen wir um die immer noch sehr angespannte Finanzlage des Landes Berlin. Insofern muss es auch hier um einen vernünftigen Kompromiss zwischen einer optimalen Personalausstattung und unabwendbaren Sparnotwendigkeiten gehen.



Foto: Till Budde

Franziska Eichstädt-Bohlig, Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Stadtentwicklung

Bündnis 90/Die Grünen finden die Positionen der Architektenkammer überwiegend gut und unterstützenswert.

1. Wohnen

- Neubau preiswerten Wohnraums

Der Wohnungsneubau von circa 3000 WE/Jahr mit überwiegend Wohnungen für gut verdienende Haushalte reicht definitiv nicht aus, um der Entwicklung der Haushaltszahlen, der Bevölkerungszahlen und der Bestandsabgänge in Berlin gerecht zu werden. Wir brauchen eine Steigerung der Neubaulzahlen auf mindestens 6000 WE pro Jahr. Berlin kann dies in den kommenden Jahren auf innerstädtischen Flächen ohne Siedlungserweiterungen leisten.

Die Landespolitik muss dabei darauf hinwirken, dass ein angemessener Anteil der Neubauwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen und ein weiterer Teil für Durchschnittsverdiener bezahlbar sind. Das Land wird aber in den nächsten Jahren dafür keine finanzielle Förderung leisten können. Erforderlich sind indirekte Maßnahmen wie die Vergabe von öffentlichem Grund im Erbbaurecht, die Verpflichtung von Investoren per städtebaulichem Vertrag, bei ihren Bauvorhaben anteilig preiswerte Wohnungen zu bauen und eine verstärkte Bautätigkeit durch städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

- Preiswertes Wohnen unter dem Vorzeichen des Klimawandels

Wir sprechen uns für eine Konzentration der Modernisierungsumlage auf energetische Sanierungsmaßnahmen und Barrierefreiheit aus und gleichzeitig für eine Absenkung der Umlage auf höchstens 9 Prozent. Wir fordern vom Bund eine stetige und angemessene Förderung der energetischen Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse. Für Wohngeldempfänger fordern wir ergänzend ein „Klimawohngeld“.

2. Nachhaltigkeit im Bestand

Die Einbeziehung von ArchitektInnen, die Erfahrung in umweltverträglichem und energiesparendem Bauen haben, sollte selbstverständlich bei Maßnahmen der Bestandserneuerung sein.

Besonders wichtig ist uns darüber hinaus, zumindest in Sanierungsgebieten eine Eigentümerberatung für umweltverträgliche bauliche und energetische Investitionen zu organisieren und bei Verkaufsabsichten die Veräußerung an Investoren mit nachhaltigen Bewirtschaftungsinteressen zu unterstützen.

Gleichzeitig geht die dringende Bitte an die Hochschulen und an die planenden und bauenden Berufsgruppen, für die energetische Optimierung von Gebäuden und für umweltverträgliches, gesundes Bauen beispielhafte Lösungen zu erarbeiten und nachhaltige Materialien und Bautechniken zu entwickeln, damit unsere Städte und Siedlungen nicht nur aus billig verpackten Styroporhäusern bestehen.

3. Stadtgestaltung

- Architektenwettbewerbe fördern

Wir setzen uns für die verstärkte Durchführung von (möglichst vielen offenen) Wettbewerben ein und werben auch private Bauherren, Gestaltungswettbewerbe durchzuführen. Allerdings hat dies eine klare und räumlich passende Aufgabenstellung zur Voraussetzung. Wettbewerbe dürfen auch nicht zu reiner Fassadenkosmetik für unproportionierte Massenvorgaben verkommen.

- Bauordnung ergänzen

Ein Gestaltungsgebot in der Bauordnung hat nur Sinn, wenn es nicht nur fachspezifische, sondern auch gesellschaftliche Diskussionen über gute Gestaltung gibt, zum Beispiel in einem Stadtforum und/oder öffentlich tagenden Gestaltungsbeirat oder auch Baukollegium. Darüber hinaus halten wir in der Bauordnung eine Überprüfung der Abstandsregeln für erforderlich, ebenso wie die Vorgabe von Obergrenzen für das Maß der Versiegelung bzw. von Kompensationen bei voller oder überwiegender Versiegelung.

4. Ausbildung

Wir befürworten für alle planenden Studiengänge eine Ausweitung auf acht Semester bis zum Bachelor, verbunden mit der Möglichkeit, nach sechs Semestern den Übergang zum Masterstudium mit obligatorisch zehn Semestern zu machen.

Für die Beibehaltung des Titels „Diplom-Ingenieur“ werben wir nicht. Das Studium an Deutschen Hochschulen soll unabhängig vom Titel auch dann ein Gütesiegel darstellen, wenn sich die Titel Master und Bachelor durchsetzen. Selbstverständlich muss Berlin die Notifizierung der Berliner Studienabschlüsse für die EU-Länder in Brüssel beantragen.

5. Berufsausübung

Ihre Forderungen zum Vergabeverfahren unterstützen wir voll, insbesondere zur Stärkung der Chancen von kleinen und jungen Büros. Das heißt Abschaffung der Forderungen nach mindestens fünf Mitarbeitern,

Einschränkung der Anforderungen an Umsätze und Vorqualifikationen, Transparenzgebot.

Wir unterstützen die Forderungen der Kammern und Verbände zur aktuellen Anpassung der HOAI und halten insbesondere die Aktualisierung der Leistungsbilder und der Honorierung von neuen gesetzlichen Anforderungen wie den energetischen Planungen für erforderlich.

Wir halten die Weiterentwicklung des Bauvertragsrechts für erforderlich, um dem Nachweis der wirtschaftlichsten und nachhaltigsten Lösung endlich mehr Gewicht gegenüber den üblicherweise bevorzugten billigsten Lösungen zu geben.

6. Bauherr öffentliche Hand

Die Qualifizierung der Berliner Bauverwaltung wird nach vielen Jahren des ungezielten Personalabbaus und der Überalterung des Personals eine der zentralen Aufgaben der nächsten Legislatur. Die öffentlichen Bauarchive müssen erhalten und kontinuierlich gepflegt werden.



Dr. Manuel Heide, CDU, Vorsitzender des Ausschusses Bauen und Wohnen

1. Wohnen – Den Neubau preiswerten Wohnens mit allen Mitteln fördern.

Soziale Wohnraumversorgung bleibt ein Schwerpunkt der Wohnungspolitik. Es sind neue Wege der Förderung von Neubau in diesem Segment

zu etablieren. Es wird darauf ankommen, neue Finanzierungsmodelle zu schaffen, die den Haushalt des Landes Berlin nicht überstrapazieren und eine zeitlich begrenzte Belastung darstellen. Hierzu hat die CDU das Modell des Wohnraumförderfonds konzipiert, mit dessen Hilfe Wettbewerbe initiiert werden können, die zum Beispiel vorsehen, dass derjenige den Zuschlag zur Förderung erhält, der bereit ist, den definierten Wohnraum mit dem geringsten Zuschuss zu erstellen.

Eine besondere Rolle für die Versorgung breiterer Schichten mit Wohnraum nehmen in Berlin traditionell auch die vielen Wohnungsbaugenossenschaften ein. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wollen wir, dass im Rahmen von Grundstücksvergaben auch die Wohnungsbaugenossenschaften bevorzugt berücksichtigt werden und im Gegenzug sich das Land Berlin einen bestimmten Anteil an belegungsgebundenen Wohnungen sichert.

Grundstücksvergabe

Die Baupolitik der letzten Jahre war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass im innerstädtischen Bereich sehr viele Regierungs- und Verwaltungsgebäude sowie sonstiger Büro- und Gewerberaum entstanden sind. Um jedoch ein Höchstmaß an Lebendigkeit in unserer Stadt zu erreichen, kommt es immer auf eine gesunde Mischung von Wohn- und Gewerbenutzung an. Damit es auch zukünftig möglich ist, im innerstädtischen Bereich zu wohnen, wird es darauf ankommen, insbesondere durch die Grund-

stücksvergabepolitik mehr Wohnraum zu schaffen. Hier gilt es, die Grundstücksvergabe so auszurichten, dass Grundstücke, die im innerstädtischen Bereich als Baulücken vorhanden sind, bevorzugt an diejenigen Investoren vergeben werden, die eine überwiegende Wohnnutzung anstreben.

2. Preiswertes Wohnen unter den Vorzeichen des Klimawandels sichern / Nachhaltigkeit auch im Bestand

Wir unterstützen das vom BUND und dem Berliner Mieterverein (BMV) vorgeschlagene Stufenmodell, welches den Eigentümern ermöglicht, selbst zu entscheiden, welche Technologien bei der Reduzierung des Wärmeenergiebedarfs und der Reduzierung der CO₂-Emissionen zum Einsatz kommen sollen, um sukzessive eine umweltfreundliche Sanierung durchzuführen. Dieses Stufenmodell bietet Technologieoffenheit bei größtmöglicher Entscheidungsfreiheit für die Betroffenen. Die gesetzten Zielvorgaben sollten für die Wirtschaft und Eigentümer langfristige Investitions- und Planungssicherheit schaffen.

Eine Beschränkung der derzeitigen Modernisierungsumlage halten wir nicht für zielführend, da die Wirtschaftlichkeit für die Unternehmen bzw. den oder die Hauseigentümer auch als Anreiz gewährleistet bleiben muss.

3. Stadtgestaltung

Es ist unstrittig, dass viele Gebiete Berlins ein hohes Entwicklungspotenzial bergen, das es zu nutzen gilt. Hierzu zählen insbesondere die Gebiete der innerstädtischen Flughäfen, das Umfeld des Hauptbahnhofs und die Kernbereiche der City Ost und West. Fast an allen dieser genannten Bereiche gibt es unterschiedlichste städtebauliche Entwicklungsstufen, die es sukzessive fortzusetzen gilt. Dabei muss stets die qualitative städtebauliche und architektonische Weiterentwicklung oberste Priorität haben. Auf Grund des enormen Potenzials in diesem Bereich dürfen wir uns in Berlin auch an der ein oder anderen Stelle zur Erreichung der bestmöglichen Lösung ein Memorandum leisten. Der Grundsatz muss lauten: Qualität vor Eile.

Bauordnung ergänzen

Eine Evaluierung der Bauordnung wird in regelmäßigen Abständen vorgenommen und dies halten wir auch für absolut notwendig, um dem dynamischen Prozess der Stadtentwicklung bzw. städtebaulichen Gestaltung Rechnung zu tragen.

4. Ausbildung

Die Frage der Qualität der Berufsausbildung ist unseres Erachtens vorrangig eine Aufgabe der Berufsverbände und Kammern. Selbstverständlich werden alle Bemühungen zur Qualitätssicherung der Ausbildung von der Politik unterstützt.

Auch die Frage der Erfüllung der Kriterien für die grenzenübergreifende Aufnahme der Berufstätigkeit muss auf Bundes- bzw. Europaebene beantwortet werden.

5. Berufsausübung

Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen sind primär auf Europa- und Bundesebene verankert. Wir für unseren Teil unterstützen jedenfalls die

Forderung, dass bei Verhandlungsverfahren die Auswahlkriterien besser auf die Aufgabenstellung angepasst werden. Eine prinzipielle Ausgrenzung von kleineren Architekturbüros halten wir wettbewerbsrechtlich für problematisch.

6. Bauherr öffentliche Hand

Wir setzen uns ebenfalls für eine qualifizierte Bauverwaltung ein und lehnen weiteren Personalabbau in diesem Verwaltungsbereich ab. Ferner teilen wir die Auffassung, dass die administrative Kontrolle und Überwachung des Planens und Bauens eine hoheitliche Aufgabe ist und bleiben muss.



Foto: Till Budde

Klaus-Peter von Lüdeke, FDP, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

1. Wohnen

Für eine stabile Entwicklung der Stadt brauchen wir weiteren Wohnraum und damit Wohnungsneubau. Daher setzt sich die FDP für einen freien und intakten Wohnungsmarkt ein. Hierzu

müssen die bestehenden Flächenreserven, wie innerstädtische Brachflächen, in den nächsten Jahren aktiviert und neu beplant werden. Kleinteilige und transparente Vergaben von Landesgrundstücken zum Festpreis eröffnen mehr Chancen, Wohnraum zu errichten. Das gilt auch für genossenschaftliches Bauen und Baugruppen. Auf der anderen Seite muss die Entwicklung eines prosperierenden Wohnungsmarktes zugelassen werden. Investitionen in Neubau und Sanierung müssen refinanzierbar sein.

Wir teilen die Meinung, dass die energetische Sanierung nicht zu untragbaren Verteuerungen der Mieten führen darf und setzen uns für die schrittweise Durchsetzung energetischer Standards im Rahmen des Stufenmodells ein, wenn diese sich auch wirtschaftlich rechnen. Regelungen auf Landesebene müssen technologieoffen sein und Wahlfreiheit bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen lassen. Maßnahmen müssen v.a. durch Einsparungen des Energieverbrauchs (Warmmietenneutralität) bezahlt werden. Zum Teil können Förderprogramme des Bundes wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm genutzt werden. Eine neue Wohnungsbauförderung lehnen wir ab.

2. Nachhaltigkeit auch im Bestand

Die FDP unterstützt die Planung von nachhaltigen Gebäuden. Dabei darf insbesondere die Barrierefreiheit nicht hinter der energetischen Sanierung zurückstehen. Gesetze und Verordnungen sollten einen verlässlichen Rahmen geben und deutschlandweit möglichst einheitlich sein, denn auch dies ermöglicht Nachhaltigkeit durch klare Vorgaben und langfristige Planungszeiträume.

3. Stadtgestaltung

Gestaltung und Architekturqualität muss in dieser Stadt wieder eine Rolle spielen. Uns ist die architektonische Gestaltung von Neubau bzw. der Erhalt hochwertiger, teils denkmalgeschützter Gebäude wichtig. Wir wollen mehr Wettbewerb und damit auch mehr Wettbewerbe. Insbesondere junge und kleine Büros, von denen es viele mit spannenden Ideen gibt, brauchen eine Chance. Diese wollen wir ihnen geben. Bei Festpreisvergaben landeseigener Grundstücke muss die architektonische Gestaltung eine zentrale Rolle spielen. Wir begrüßen auch Diskussionen zur Gestaltung städtebaulich wichtiger Orte. Diese Diskussionen dürfen aber nicht zur Einschränkung der vorhandenen Gestaltungsfreiheit der Architekten und Investoren oder deutlichen Zeitverzögerungen führen.

4. Ausbildung

Wir sind für optimale Arbeitsmarktchancen von Berliner Absolventen. Daher begrüßen wir ein gemeinsames Engagement von Architektenkammer und Hochschulen, den Arbeitsmarkt von Bachelorabsolventen zu untersuchen, damit nicht am Markt vorbei ausgebildet wird. Auch eine Flexibilisierung der möglichen Bologna-Studienzeiten von 3+2 auf 4+1 ist für das Architekturstudium zu überlegen. Wenn die im gestuften System erworbenen Qualifikationen mit dem ehemaligen Diplom-Ingenieur gleichwertig sind, halten wir eine Bescheinigung dieser Gleichwertigkeit zusammen mit dem Master-Abschluss für möglich, der das internationale Renommee der Marke „Dipl.-Ing.“ aufrechterhalten kann.

5. Berufsausübung

Die Forderungen der Architektenkammer zur Verbesserung der Vergabeverfahren unterstützen wir im vollen Umfang. Es ist dringend notwendig, dass es klare und transparente Vergabeverfahren und Regeln gibt. Um dies zu gewährleisten, lehnen wir das Berliner Vergabegesetz ab, das noch einmal eigene Spielregeln definiert. Vielmehr sollten notwendige zusätzliche Anforderungen Teil der Ausschreibung sein und im Leistungsverzeichnis benannt werden. Wir wollen, dass alle Aufträge des Landes Berlin sowie seiner Unternehmen oberhalb der Schwellenwerte ausgeschrieben werden. Für die Verfahren unterhalb der Schwellenwerte muss es klare Regelungen geben, die einen zu mindestens eingeschränkten Wettbewerb sicherstellen und gewährleisten, dass sich jedes Büro irgendwann auch um einen Auftrag bewerben kann. Wir wollen, dass die Liste der beauftragten Büros veröffentlicht wird. Auch wollen wir sicherstellen, dass sich die öffentlichen Auftragnehmer an die HOAI halten.

6. Bauherr öffentliche Hand

Die Entwicklung eines eigenen Bauvertragsrechtes lehnen wir ab. Planungs- und Bauvertragsregelungen sollten deutschlandweit einheitlich sein. Eine Änderung der Vergabepaxis zugunsten des wirtschaftlichsten Angebots fordern wir schon lange.

Die Forderung zur Erhaltung der Bauarchive unterstützen wir genauso wie die Forderung nach ausreichender fachlicher Kompetenz in den Verwaltungen. Darüber muss eine stete Weiterbildung gewährleistet sein. ◀

Stadt im Gespräch - Berlin im Wandel

Gemeinsame Veranstaltungsreihe von Urania, Architektenkammer und Der Tagesspiegel

Nicht vor meiner Tür – Gemeinwohl versus Partikularinteressen

22. September 2011, 19.30 Uhr, Eintritt frei

Die Städte stehen immer häufiger vor dem Dilemma, die am allgemeinen Bürgerinteresse ausgerichtete Stadtentwicklung gegen konkret formulierte Partikularinteressen verteidigen zu müssen.

Privatinteressen werden vorgebracht, auch von unbeteiligten Personen, obgleich sie im Widerspruch zu abgeschlossenen und abgewogenen Planungen stehen. Klagen häufen sich auch gegenüber Einrichtungen, die teilweise bereits seit Jahrzehnten gebietsansässig sind und den Charakter ihrer Quartiere erheblich mitprägen. Dabei besteht vom Flughafen bis zum Spielplatz Einigkeit über die Bedeutung der jeweils beklagten Einrichtung - „nur eben nicht gerade hier“.

Wie können Partikularinteressen im Rahmen der Stadtentwicklung mit dem Allgemeinwohl in Einklang gebracht werden und welche Regeln und Prozesse müssen dazu verbessert werden?

Podium: **Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup**, Stadtplaner, ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, TU Berlin und Universität Leipzig

Dipl. Ing. Carsten Joost, Stadtplaner, Berlin

Dipl.-Ing. Dogan Yurdakul, Stadtplaner, Gesellschaft für Planung, Berlin

Harald Martenstein, Journalist und Autor, Berlin

Moderation: **Gerd Nowakowski**, Ressortleiter Berlin/Brandenburg, Der Tagesspiegel

Ausschüsse berichten

Eine lose Reihe der Berichterstattungen aus den Arbeitsausschüssen der Architektenkammer Berlin richtet sich an alle Kammermitglieder, um über die Arbeit und Tätigkeitsschwerpunkte in den Gremien zu informieren und bei Interesse zu einer Mitarbeit anzuregen. Die Termine der Ausschusssitzungen stehen im Internet unter www.ak-berlin.de, Rubrik Architektenkammer Berlin, Ausschüsse.

Ausschuss Stadtentwicklung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung wurde in dieser Legislaturperiode erstmalig von der Vertreterversammlung der Architektenkammer einberufen und ist mit sechs Personen besetzt.

Aufgabe des Ausschusses ist unter anderem die Vorbereitung von Stellungnahmen zu städtebaulich relevanten Fragestellungen, die an die Architektenkammer herangetragen werden, sowie die Etablierung der Architektenkammer als Forum für städtebauliche Diskussionen. Bezugsebene ist dabei nicht die Einzelfrage, sondern die gesamtstädtische bzw. großräumige Betrachtungsebene. Ziel der Ausschussarbeit ist es, die Architektenkammer öffentlichkeitswirksam als kompetenten Ansprechpartner für städtebauliche Themenstellungen, die bisher nicht Schwerpunkt der Kammerarbeit waren, aufzustellen.

In Zusammenarbeit mit der Urania Berlin und mit dem Medienkooperationspartner „Der Tagesspiegel“ hat der Ausschuss für Stadtentwicklung unter dem Titel „Stadt im Gespräch – Berlin im Wandel“ bisher insgesamt sechs sehr erfolgreiche Diskussionsforen mit jeweils zwischen 200 und 350 Besuchern organisiert. Themen waren „Die Berliner Stadtentwicklung von der Fischerinsel bis zur Europacity“, „Die Zukunft der Mobilität“, „Für mehr Qualität im Städtebau: Eine neue Bauausstellung für Berlin?“, „Nach der Flughafenschließung: Was wird aus Tegel?“, „Berliner Visionen – was wurde aus den Stadtentwicklungskonzepten der 90er Jahre“, „Leben in der Innenstadt – Ein Luxus für Auserwählte“ (in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit).

Für die Veranstaltungen konnten hochkarätige Referentinnen und Referenten gewonnen werden, die ihre Thesen untereinander und mit dem Publikum diskutiert haben. Dabei konnten interessante Impulse in die fachlichen Diskussionen wie zum Beispiel das Thema „radikal radial“ in die Debatte um die Durchführung einer internationalen Bauausstellung eingebracht werden.

Derzeit bereitet der Ausschuss die Fortsetzung der Veranstaltungsreihe vor, geplant sind sechs weitere Stadtgespräche, davon drei in diesem Jahr (beginnend am 22. September 2011 mit einer Diskussion über Gemeinwohl und Partikularinteresse).

Neben den Diskussionsforen wurde zusammen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Veranstaltung zum Stand der Planung auf dem Gelände des ehem. Flughafens Tempelhof durchgeführt.

Dipl.-Ing. D. Yurdakul,
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung

Grabung vor dem Berliner Rathaus

Führung am 21. September 2011, 17 Uhr

Der Ausschuss Denkmalschutz und Denkmalpflege hat für die Mitglieder der Architektenkammer Berlin eine Sonderführung durch die Grabung vor dem Berliner Rathaus organisiert.

Seit 2008 finden in Vorbereitung des Weiterbaus der U-Bahnlinie U5 archäologische Grabungen auf verschiedenen Grundstücken vor dem Rathaus auf der ehemaligen Königstraße statt. Sie ermöglichen detaillierte Aussagen zur Bau- und Nutzungsgeschichte der Häuser.

Durch rechtzeitige Verhandlungen zwischen dem Landesdenkmalamt, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der BVG gelang es, dieses historisch einmalige Erbe in die Planung zu integrieren. Derzeit wird eine Umplanung erarbeitet, die die Erhaltung wichtiger Keller des alten Rathauses vorsieht und es für die Öffentlichkeit erlebbar macht.

Das Grabungsgebiet überlagert sich mit dem Planungsgebiet der zukünftigen Bahnstation der U5 Berliner Rathaus. Für die Planung des neuen Bahnhofs bringen die Funde neue Herausforderungen mit sich.

Anders als etwa am Petriplatz können die ausgegrabenen ortsfesten Funde nicht an Ort und Stelle verbleiben, da in der Trasse später die U-Bahnlinie 5 fahren soll. Die Ausgrabungen sind daher immer nur für kurze Zeit sichtbar. Sie werden wissenschaftlich erfasst und dokumentiert; Teile davon sollen in die Gestaltung der neu entstehenden Bahnhöfe am Berliner Rathaus und bei der Museumsinsel integriert werden. Die bedeutendsten Funde werden unmittelbar nach ihrer Entdeckung in die Werkstatt des Museums für Vor- und Frühgeschichte eingeliefert und dort restauriert.

Überraschende Funde ergaben sich im Oktober 2010, als elf Skulpturen der Klassischen Moderne geborgen werden konnten. Dieser spektakuläre Fund wirft ein neues Licht auf den Verbleib der Kunstwerke, die im Rahmen der nationalsozialistischen Beschlagnahmeaktion „Entartete Kunst“ den Museen entzogen und in Ausstellungen verhöhnt wurden und die bis heute verschollen waren.

Quelle: www.stadtentwicklung.berlin.de

Termin: 21. September 2011
 Zeit: 17 Uhr
 Treffpunkt: Vor dem Eingang zum Roten Rathaus
 Teilnehmer: max. 25 Personen
 Gebühr: kostenfrei, festes Schuhwerk erforderlich
 Anmeldung: unter ausschuesse@ak-berlin.de

Novellierung der Bauordnung für Berlin

Erfahrungen der Architektenschaft mit der Bauordnung für Berlin sollen in Diskussion einfließen

Vor mehr als 5 Jahren ist die Neufassung der Bauordnung für Berlin in Kraft getreten. Nunmehr steht nach erfolgter Prüfung und Evaluierung eine Änderung an.

Ein wesentlicher Gegenstand der seit 2007 geltenden Bauordnung war die Änderung des Verfahrensrechtes, die von der Architektenkammer Berlin grundsätzlich mitgetragen wurde. Diese Akzeptanz war jedoch an die Forderung geknüpft, dass die gesetzlichen Regelungen klar und unmissverständlich sind. Nur dadurch haben Architektinnen und Architekten eine akzeptable Grundlage, um die aus Änderung des Verfahrensrechtes resultierende Verantwortung und die damit verbundenen Risiken zu übernehmen. Diese Anforderung erfüllt die Bauordnung für Berlin nicht. Vielfältige Bemühungen der Architektenkammer Berlin, hier Änderungen herbeizuführen, hatten bisher keinen Erfolg.

In den Gremien der Architektenkammer Berlin wurde die derzeitige Situation, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Änderung der Regelungen zur Genehmigungsfreistellung, mehrfach erörtert. Es erfolgte bisher keine abschließende Positionierung.

In die anstehenden Diskussionen zum Novellierungsbedarf der Bauordnung für Berlin wird sich die Architektenkammer Berlin jedoch aktiv einbringen. Dies soll auf Grundlage einer breiten Basis erfolgen. Um die Interessen der Architektenschaft angemessen vertreten zu können und Ihre Positionen in die Diskussion einzubringen, sind alle Kolleginnen und Kollegen hiermit aufgerufen, über eigene Erfahrungen mit der Bauordnung für Berlin und gegebenenfalls bestehende Änderungsbedarfe zu berichten. Von besonderem Interesse sind Probleme beim Genehmigungsfreistellungsverfahren und der Aufgabe der Schlusspunkttheorie bei Genehmigungsverfahren.

Die Federführung für die Aufbereitung der Argumente liegt beim Ausschuss Gesetze und Verordnungen.

Bitte teilen Sie uns bis zum 30. September 2011 Ihre Erfahrungen und Positionen zur Bauordnung für Berlin mit. Sehr hilfreich ist dabei die Darstellung konkreter Beispiele, die auch anonymisiert sein können.

Ihr Schreiben richten Sie bitte per E-Mail an kammer@ak-berlin.de oder per Briefpost an die:

Architektenkammer Berlin
 Ausschuss Gesetze und Verordnungen
 Alte Jakobstraße 149
 10969 Berlin

Für Ihre Unterstützung sind wir Ihnen dankbar.

Der Ausschuss „Gesetze und Verordnungen“

da! Architektur in und aus Berlin

Zwischenstand zum diesjährigen Auswahlverfahren

Foto: Birgit Koch



Insgesamt 214 Bewerbungsmappen wurden bis zum Einsendeschluss am 14. Juli 2011 bei der Architektenkammer Berlin eingereicht. Damit war die diesjährige Beteiligung am Auswahlverfahren für „da! Architektur in und aus Berlin 2012“ höher als in den Vorjahren.

Dies ist auch ein Erfolg für das neue Bewerbungsverfahren, das erstmals aus zwei Teilen, einem Online-Formular und einer DIN A3 Bewerbungsmappe für das Auswahlgremium, bestand.

In den rund zweieinhalb Bewerbungsmonaten gab es sowohl Anfragen zu den technischen Neuerungen, als auch positive Rückmeldungen seitens der Mitglieder, die den Wechsel der Bewerbungsphase von der winterlichen Weihnachtszeit in die Sommerzeit offensichtlich sehr schätzten.

Zudem war der zulässige Projektfertigstellungszeitraum ausnahmsweise auf anderthalb Jahre ausgedehnt worden um sicherzustellen, dass im Jahr der Umorganisation des Verfahrens keine Projektfertigstellungslücken entstehen. Teilnahmeberechtigt waren daher Projekte mit Fertigstellungsdatum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 30. Juni 2011.

Insgesamt 42 Projekte wurden als realisierte und registrierte Wettbewerbsarbeiten eingereicht.

Vorankündigung:

Am 5. und 6. September 2011 tagt ein unabhängiges, siebenköpfiges Auswahlgremium in der Geschäftsstelle der Architektenkammer um aus den eingereichten Arbeiten die Projekte für die nächste Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“ auszuwählen.

Die Ausstellungseröffnung findet am Freitag, den 24. Februar 2012 im stilwerk Berlin statt.

Dipl.-Ing. Birgit Koch,
Referentin für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Termine und Veranstaltungen

n-ails.exkurs: Fahrradtour rund um den Spandauer See Neue Frei- und Stadträume an der Oberhavel

In den letzten zehn Jahren sind in dem ehemaligen städtebaulichen Entwicklungsgebiet Wasserstadt Berlin-Oberhavel rund um den Spandauer See auf einer Fläche von circa 200 Hektar qualitätsvolle und abwechslungsreiche Frei- und Stadträume entstanden. Die vormals industriell und öffentlich nicht zugänglichen Uferbereiche sind nunmehr weitestgehend gestaltet und vollständig der Öffentlichkeit gewidmet. Neue urbane Gebiete sind gebaut oder im Entstehen. Ehemalige gewerbliche Brachflächen stellen Potentiale für weitere Ansiedlungen in attraktiver Lage dar. Seit der kürzlich erfolgten Fertigstellung des Lückenschlusses an der Daumstrasse ist die vollständige Umrundung des Spandauer Sees am Ufer möglich. Die neuen Frei- und Stadträume möchten Frau Heine, HEINE Landschaftsarchitektur, und Frau Sandten, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Ref. II A / SRL, die an der Planung und Realisierung der Maßnahmen mitgewirkt haben, im Rahmen einer geführten Fahrradtour auf den neuen Wegen rund um den Spandauer See vorstellen.

Für Mitglieder von n-ails ist die Radtour kostenfrei. Nichtmitglieder bitten wir, sich mit 5,00 Euro an den Unkosten zu beteiligen. Bitte eigene Fahrräder mitbringen. Nach der Radtour ist, ab 19 Uhr, im Bistro Backstein (EG) im Centrovital, Neuendorfer Str. 25, 13585 Berlin (www.centrovital-berlin.de) ein Tisch reserviert.

Termin: Samstag, 24. September 2011, 15.30 Uhr bis ca. 18 Uhr
Anmeldung: bei Claudia Funk (funk@architektur-energieberatung.de)
Treffpunkt: U-Bahnhof Altstadt-Spandau, Ausgang Breite Straße
Weitere Informationen: www.n-ails.de

DMY International Design Festival Awards & Jury Selection 2011

DMY steht für »Daily, Monthly, Yearly« und ist das größte Festival für Produktdesign in Deutschland sowie eine der wichtigsten internationalen Plattformen für kreatives, experimentierfreudiges und vorausschauendes Design. Die Ausstellung im Bauhaus-Archiv / Museum für Gestaltung zeigt die DMY Jury Selection, eine Auswahl der zehn besten Objekte und Designprojekte des Festivals sowie die Gewinner der DMY Awards, die in Kooperation mit dem Bauhaus-Archiv / Museum für Gestaltung vergeben werden.

Termin: 14. September bis 10. Oktober 2011
Ort: Bauhaus-Archiv / Museum für Gestaltung,
Klingelhöferstraße 14, 10785 Berlin
Weitere Informationen: www.bauhaus.de

Seminare im September 2011

Lehrgang: Der Architekt als Sachverständiger für Schäden an Gebäuden

Beginn: Freitag, 23. September 2011,
ein Freitag und Samstag pro Monat
Umfang: 200 Unterrichtsstunden, Fr ab 14 Uhr, Sa ab 9 Uhr
Gebühr: 3.600,00 Euro für Mitglieder und Gäste
Ort: Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Lehrgang zur Vorbereitung auf eine öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen. Der Kurs wird berufsbegleitend angeboten und umfaßt bautechnische, rechtliche und wirtschaftliche Themen, Rahmenbedingungen der Sachverständigentätigkeit sowie den Inhalt und Aufbau von Gutachten. Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit Schadensfällen an Gebäuden, ergänzt durch Praxisberichte und Übungsgutachten. Vermittelt werden diese Inhalte durch erfahrene Dozenten: Sachverständige, Prüfer und Richter.

Weiterführende Fragen beantworten Ihnen gerne Ilona Seeber, (030) 29 33 07-31 oder Dipl.-Ing. Andrea Lossau, (030) 29 33 07-12

Brandschutz in Kindertagesstätten

Termin: Dienstag, 6. September 2011
Zeit: 17 bis 20 Uhr
Gebühr: 35,00 Euro für Mitglieder
80,00 Euro für Gäste
Ort: Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
Referent: Dipl.-Ing. Johannes Heyne, Architekt, Sachverständiger und stellv. Leiter Referat IV 6 BBR

Ein Aufbauseminar für Architekten und Planer, die sich mit der Sanierung und Erweiterung von Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen für Behinderte und alte Menschen beschäftigen und über keine spezifischen Kenntnisse im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes verfügen. Das Seminar zeigt aus der Praxis heraus die Anforderungen des vorbeugenden Brandschutzes und weist auf bauliche und anlagentechnische Konsequenzen hin.

Information und Anmeldung

Katrin Gralki, Telefon (030) 29 33 07-14 oder
Winnie Weimann, Telefon (030) 29 33 07-38
Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin
Fax (030) 29 33 07-16 oder fortbildung@ak-berlin.de

Das Sachwertverfahren auf dem Prüfstand

Termin: Mittwoch, 14. September 2011
Zeit: 17 bis 20 Uhr
Gebühr: 95,00 Euro für Mitglieder
95,00 Euro für Gäste
Ort: Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
Referent: Dipl.-Ing. Bernhard Bischoff, ö.b.u.v. Sachverständiger

Ein Vertiefungsseminar für Sachverständige der Grundstückswertermittlung als Nachweis einer qualifizierten Fortbildung und der besonderen Sachkunde in Kooperation mit dem Verband der Vereidigten Sachverständigen

Der Weg zum Bauwerk:

Seminarreihe für Absolventen und Berufseinsteiger

Termine: Freitag und Samstag,
11.11., 18.11. und 02.12.2011,
20./21.01., 10./11.02. und 10. März 2012
Zeit: jeweils 10 bis 18 Uhr
Gebühr: 550,00 Euro für Mitglieder
650,00 Euro für Gäste
Ort: Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es,

- ▶ Berufsanfängern die notwendigen Kenntnisse für die Abwicklung eines Projektes in allen Leistungsphasen zu vermitteln,
- ▶ Arbeitshilfen und Checklisten für die einzelnen Leistungen zur Verfügung zu stellen,
- ▶ die berufliche Kompetenz zur ex- und internen Gesamtkoordination des Planungs- und Bauprozesses zu stärken,
- ▶ die Einbindung von Bauherren, Fachplanern und ausführenden Gewerken zu verbessern und optimieren.

Neues Seminarangebot

Das neue Seminarprogramm der Architektenkammer Berlin und der Brandenburgischen Architektenkammer finden Sie ab Ende September 2011 mit ausführlichen Beschreibungen der Veranstaltungen im Internet unter www.ak-berlin.de, Rubrik Aus-/Fortbildung. Zur gleichen Zeit erhalten alle Mitglieder wie gewohnt das Faltblatt mit einer Seminarübersicht für den Zeitraum Oktober 2011 bis März 2012.



Mitgliedernachrichten aus der Sitzung des Eintragungsausschusses vom 15. Juli 2011

In die Stadtplanerliste der Architektenkammer Berlin wurde eingetragen:

Stadtplaner

Lange, Katharina, Dipl.-Ing.

In die Architektenliste der Architektenkammer Berlin wurden eingetragen:

Freischaffende Architekten

Klimmer, Alexander, Dipl.-Ing.(FH)

Parisiadou, Ioanna, Dott.

Schneider, Thomas, Dipl.-Ing.

Stellmach, Thomas, Dipl.-Ing.

Wiethaus, Henning, Dipl.-Ing.

Architekten

Benischek, Klaus, Dipl.-Ing.

Bieche, Sergej, Dipl.-Ing.

Celik, Remzi, Dipl.-Ing.

Hedwig, Patrick, Dipl.-Ing.

Lager, Markus, Dipl.-Ing.

Lenz, Andreas, Dipl.-Ing.(FH)

Pöschl, Jan, Dipl.-Ing.

Rehmet, Nicola, Dipl.-Ing.(FH)

Rosenthal, Melanie, Dipl.-Ing.(FH)

Suri, Chanchal, Dipl.-Ing.(FH)

Weber, Kathi, Dipl.-Ing.

Innenarchitekten

Rossol, Jan-Hendrik, Dipl.-Ing.(FH)

Es wurden folgende Löschungen vorgenommen:

Freischaffende Architekten

Haupt, Henning, Dipl.-Ing.

Architekten

Backe, Martin, Dipl.-Ing.

Peters, Janet Lia, Dipl.-Ing.

Schäfer, Ursula, Dipl.-Ing.

Sonnja Wagner,

Referentin für Eintragung und Mitgliederverwaltung

Öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen

Am 31. August 2011 wurden durch die Architektenkammer Berlin als Sachverständige im Bauwesen öffentlich bestellt und vereidigt:

- ▶ Dipl.-Ing. Evelyn Hendreich, Architektin für das Fachgebiet „Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken“
- ▶ Dipl.-Ing. Jürgen Kobboldt, Architekt für das Fachgebiet „Schäden an Gebäuden, insbesondere Feuchtigkeitsschäden“
- ▶ Dipl.-Ing. Ulrich Springer, Architekt für das Fachgebiet „Bewertung und Mieten von bebauten und unbebauten Grundstücken“

Anerkennung als Prüfsachverständiger für energetische Gebäudeplanung

Am 31. August 2011 wurde durch die Architektenkammer Berlin als Prüfsachverständiger für energetische Gebäudeplanung im Land Berlin anerkannt:

- ▶ Dipl.-Ing. (FH) Hans-Stefan Müller, Architekt

Ab 1. Juli 2011 müssen alle Bauherren bei der Errichtung, Erweiterung und Änderung bei Nichtwohngebäuden und Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen einen amtlich anerkannten Prüfsachverständigen für energetische Gebäudeplanung zur Prüfung der Energieeinsparnachweise, zur Überwachung der Bauausführung sowie zur Bestätigung des Energiebedarfsausweises einschalten. Die Architektenkammer Berlin sowie die Baukammer Berlin sind Anerkennungsstelle für die amtlich anerkannten Prüfsachverständigen für energetische Gebäudeplanung in Berlin. Die Listen der amtlich anerkannten Prüfsachverständigen für energetische Gebäudeplanung können auf den Internetseiten beider Kammern eingesehen werden.

Seminare der Architektenkammer Berlin

Termin	Ort	Seminar/Exkursion	Veranstalter	Gebühren
Beginn: 23.9.2011, Freitag und Samstag, 200 U-Stunden	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Der Architekt als Sachverständiger für Schäden an Gebäuden – detaillierte Informationen zu diesem Lehrgang finden Sie auf unserer Homepage	Architektenkammer Berlin	3.600,00 Euro Mitglieder 3.600,00 Euro Gäste
Dienstag, 6. September 2011, 17.00 bis 20.00 Uhr	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Brandschutz in Kindertagesstätten Referent: Dipl.-Ing. Johannes Heyne, Architekt, Sachver- ständiger und stellv. Leiter Referat IV 6 BBR	Architektenkammer Berlin	35,00 Euro Mitglieder 35,00 Euro Absolv. 80,00 Euro Gäste
Freitag, 9. September 2011, 10.00 bis 17.30 Uhr	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Stimmen die Zahlen? Baukosten erfolgreich planen und kontrollieren Referent: Dipl.-Ing. (FH) Werner Seifert, Architekt und ö.b.u.v. Sachverständiger	Architektenkammer Berlin	65,00 Euro Mitglieder 65,00 Euro Absolv. 165,00 Euro Gäste
Dienstag, 13. September 2011, 9.00 bis 17.00 Uhr	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Qualitätssicherung Wärmeschutz als Bestandteil nachhaltigen Bauens Referent: Dipl.-Ing. Stefan Horschler, freischaffender Architekt	Architektenkammer Berlin	65,00 Euro Mitglieder 65,00 Euro Absolv. 165,00 Euro Gäste
Mittwoch, 14. September 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Barrierefrei Bauen: Wege- und Leitsysteme Referentin: Dipl.-Ing. (FH) Nadine Metlitzky, Architektin und ö.b.u.v. Sachverständige	Architektenkammer Berlin	80,00 Euro Mitglieder 80,00 Euro Absolv. 120,00 Euro Gäste
Mittwoch, 14. September 2011, 17.00 bis 20.00 Uhr	Architektenkammer Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin	Das Sachwertverfahren auf dem Prüfstand – Vertiefungs- seminar in Kooperation mit dem VVS Referent: Dipl.-Ing. Bernhard Bischoff, ö.b.u.v. Sachverständiger	Architektenkammer Berlin	95,00 Euro Mitglieder 95,00 Euro Absolv. 95,00 Euro Gäste
Dienstag, 20. September 2011, 18.00 bis 20.00 Uhr	Architektenkammer Berlin Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin	HOAI 2009: Worauf es bei der Gestaltung von Architektenver- trägen jetzt ankommt Referent: Prof. Dr. Dieter Stassen, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht	Architektenkammer Berlin	25,00 Euro Mitglieder 25,00 Euro Absolv. 50,00 Euro Gäste
Mittwoch, 21. September 2011, 18.00 bis 20.00 Uhr	Architektenkammer Berlin Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin	Bürohaus LTD_1 in Hamburg: Werkbericht zur DGNB-Zertifizie- rung- Begehung im Rahmen der Reihe „Erfahrungen mit dem nachhaltigen Planen, Bauen und Betreiben“ Referent: Dipl.-Ing. Justus Pysall, freischaffender Architekt	Architektenkammer Berlin	kostenfrei, Anmeldung erbeten
Sa, 24. Sept. 2011, 10 bis 18 Uhr und So, 25. Sept. 2011, 9 bis 16 Uhr	Umweltmykologie Dr. Dill und Dr. Trautmann GbR, Zossener Str. 55- 58, 10961 Berlin	Erweiterte Sachkunde für Schadstoffsachverständige: Schimmelpilze Referenten: Dr. Christoph Trautman und Dr. Ingrid Dill, beide Biologen und Sachverständige	Architektenkammer Berlin	460,00 Euro Mitglieder 460,00 Euro Absolv. 460,00 Euro Gäste
Montag, 26. September 2011, 16.00 bis 20.00 Uhr	Architektenkammer Berlin Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin	Fallstricke bei der Ausschreibung von Bauleistungen und aktuelle Rechtsprechung zur Bauvergabe – Intensivseminar max.12 Teilnehmer Referent: Lars Robbe, Rechtsanwalt	Architektenkammer Berlin	60,00 Euro Mitglieder 60,00 Euro Absolv. 85,00 Euro Gäste
Mittwoch, 28. September 2011, 10.00 bis 17.30 Uhr	Architektenkammer Berlin Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin	Der Weg in die berufliche Selbständigkeit Referent: Dipl.-Ing. (FH) Hansjörg Selinger, freischaffender Architekt und Wirtschaftsingenieur	Architektenkammer Berlin	80,00 Euro Mitglieder 80,00 Euro Absolv. 120,00 Euro Gäste
Donnerstag, 29. September 2011, 10.00 bis 17.30 Uhr	Architektenkammer Berlin Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin	Wirtschaftliche Unternehmensführung (Teil A) - Teil B wird am 18. Oktober 2011 angeboten - Referent: Dipl.-Ing. (FH) Hansjörg Selinger, freischaffender Architekt und Wirtschaftsingenieur	Architektenkammer Berlin	80,00 Euro Mitglieder 80,00 Euro Absolv. 120,00 Euro Gäste

Ausführliche Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage unter www.ak-berlin.de, Rubrik Aus- und Fortbildung oder Sie fordern diese telefonisch in der Geschäftsstelle an: Winnie Weimann, Telefon (030) 29 33 07-38 oder Katrin Gralki, Telefon (030) 29 33 07-14.